



KURZARGUMENTARIUM

VOLKSINITIATIVE FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN

Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften
www.kriegsgeschaefte.ch / initiative@kriegsgeschaefte.ch

FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSGESCHÄFTEN

Mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» soll Schweizer Finanzakteuren Investitionen in die Rüstungsindustrie verboten werden: Schweizer Geld soll nicht länger zur Finanzierung von Kriegsmaterial und somit zur Unterstützung von Kriegen weltweit missbraucht werden. Neben den direkten Kriegsmaterialexporten spielt der Schweizer Finanzplatz eine zentrale Rolle bei Kriegsgeschäften. Die Schweiz hat einen der grössten und wichtigsten Finanzplätze der Welt. 2015 wurden hier 6,6 Billionen Franken verwaltet.¹ Alleine Schweizer Grossbanken investierten 2014 pro EinwohnerIn 798 USD in Unternehmen, die nukleare Rüstungsgüter herstellen. In Deutschland lag dieser Wert bei 122 USD und in Österreich bei 9 USD.² Dieser Vergleich zeigt das aussergewöhnliche Ausmass der Kriegsgeschäfte in der Schweiz. Bei diesen Zahlen nicht eingerechnet sind Investitionen der Nationalbank, der Pensionskassen und vielen weiteren Finanzakteuren. Das Geld, welches über den Schweizer Finanzplatz in die Rüstungsindustrie gelangt, macht uns zu KomplizInnen jener Produktionsfirmen, die Profit aus den Opfern der Kriege schlagen. Die Schweiz als neutrales Land und als Depositärstaat der Genfer Konventionen kann sich diese Politik der Profitmaximierung auf Kosten von Menschenleben nicht erlauben.

DER SCHWEIZER FINANZPLATZ

Die Schweiz hat einen der grössten und bedeutendsten Finanzplätze weltweit. Die Stadt Zürich ist gemäss dem «Global Financial Centers Index 20» auf Platz 9 der 87 weltweit wichtigsten Finanzmarktzentren.³ Mit einem Marktanteil von 25% des weltweiten Vermögensverwaltungsgeschäftes ist die Schweiz die wichtigste Akteurin in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung.⁴ Nebst den Banken und Versicherungen kommen diverse öffentlich-rechtliche Finanzinstitute hinzu. Wichtigste Institution ist hier die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit einer Bilanzsumme von 640 Milliarden Franken.⁵ Zudem gibt es in der Schweiz knapp 1800 Pensionskassen mit einer Bilanzsumme von mehr als 788 Milliarden Franken.⁶



KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»

SCHWEIZER KRIEGSGESCHÄFTE

Über den Schweizer Finanzplatz werden Milliardenbeträge investiert und angelegt. Ein Teil dieses Geldes fliesst in Unternehmen, die Kriegsmaterial produzieren. Dabei werden nicht nur Konzerne unterstützt, die schwere Waffen wie Panzer, Artillerie und Kriegsschiffe oder leichte Waffen wie Gewehre, Munition oder Handgranaten produzieren. Es fliesst auch Geld in Firmen, die geächtetes Kriegsmaterial wie Atomwaffen, biologische und chemische Waffen sowie Streumunition und Anti-Personenminen herstellen. Unter die wichtigsten Akteure fallen folgende:

- **Grossbanken:** Die beiden Schweizer Grossbanken Credit Suisse und UBS waren im Jahr 2015 mit 1,0 bzw. 5,6 Milliarden Franken an Produzenten von nuklearen Rüstungsgütern beteiligt.⁷
- **Schweizerische Nationalbank (SNB):** Die SNB investierte im Jahr 2016 über 800 Millionen Dollar in Atomwaffenproduzenten.⁸
- **Pensionskassen:** Es ist davon auszugehen, dass zwischen 4 und 12 Milliarden Franken aus schweizerischen Pensionskassen in Rüstungskonzerne fliessen.⁹

Neben diesen Hauptakteuren gibt es weitere Kapitalmarktteilnehmende wie z.B. Stiftungen, Investmentgesellschaften, Versicherungen, Kantonalbanken oder Investmentfonds, bei denen Investitionen in Rüstungskonzerne getätigt werden. Nicht bei allen Beteiligten ist der Investitionsumfang bekannt. Bereits die oben genannten Beispiele aber machen deutlich, welche horrenden Ausmasse die Kriegsgeschäfte in der Schweiz annehmen.

WO UNSER GELD INVESTIERT WIRD

Im Folgenden werden die fünf grössten Rüstungskonzerne weltweit, die Schweizer Beteiligungen daran und deren Verwicklung in Kriege und Konflikte aufgezeigt.

- Der Konzern **Lockheed Martin** ist das grösste Rüstungsunternehmen der Welt. Die UBS besass im Jahr 2015 Anteile in der Höhe von 532 Millionen USD an diesem Konzern.¹⁰ Die Vereinigten Arabischen Emirate bombardierten mit von Lockheed Martin produzierten F-16-Kampffjets Stellungen in Syrien und im völkerrechtswidrigen Jemen-Krieg.
- **Boeing** ist ein US-Konzern, welcher oft nicht als Rüstungskonzern bezeichnet wird. Dem widerspricht jedoch ein Rüstungsanteil am Gesamtumsatz von 28%.¹¹ Die SNB hatte im 2. Quartal 2016 mindestens 229 Millionen USD in Boeing investiert.¹² Boeing ist unter anderem am Geschäft mit Nuklearwaffen beteiligt.¹³
- **BAE Systems** ist ein britischer Rüstungskonzern. Die UBS hat auch von diesem Konzern einen Aktienanteil von mindestens 1%¹⁴ und die Credit Suisse hat zwischen 2012 und 2015 mindestens 130 Millionen Franken in den Konzern investiert.¹⁵
- Trotz der Produktion von international geächteter Streumunition hat die SNB 2016 mindestens 113 Millionen USD in **Raytheon** investiert.¹⁶ Deren Material kam unter anderem im Irak-Krieg zum Einsatz: So wurden allein in den ersten 13 Tagen des Krieges 700 Cruise-Missiles verschossen, die pro Stück zwischen 600 000 und 1 000 000 USD kosten.¹⁷
- In **Northrop Grumman** ist die SNB mit mindestens 113 Millionen¹⁸ und die Credit Suisse mit mindestens 200 Millionen investiert.¹⁹ Auch Northrop Grumman ist im Atomwaffengeschäft tätig.²⁰



KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»

DIE INITIATIVE

Laut Amnesty kommen jedes Jahr mindestens eine halbe Million Menschen durch Waffengewalt um. Millionen mehr werden verletzt, vergewaltigt und gezwungen, aus ihrer Heimat zu flüchten.²¹ Die schlechte Regulierung des Waffenhandels ist mit ein Grund für dieses grosse Elend. Die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» will, dass die Schweiz ihren Beitrag zu einer friedlichen Welt leistet und sicherheitspolitisch Verantwortung übernimmt. Investitionen in Firmen, die Kriegsmaterial, also beispielsweise Atomwaffen, Panzer, Kleinkaliberwaffen oder Munition herstellen, sollen mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» verhindert werden. Damit würde die Schweiz einen essentiellen Beitrag zur Lösung der unmenschlichen Fluchtsituation leisten. Die Initiative zielt darauf ab, insbesondere den Geldfluss in die ausländische Rüstungsindustrie zu unterbinden.

Eidgenössische Volksinitiative

«Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Die Volksinitiative lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 107a Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

¹ Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

² Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und die zugehörige Munition.

³ Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten:

- die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Kriegsmaterialproduzenten;
- die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten und der Erwerb von Wertschriften, die durch Kriegsmaterialproduzenten ausgegeben werden;
- der Erwerb von Anteilen an Finanzprodukten, wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Buchstabe b enthalten.

⁴ Der Bund setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 107a (Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten)

¹ Treten innerhalb von vier Jahren nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

² Nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Finanzierungen gemäss Artikel 107a mehr getätigt werden. Bestehende Finanzierungen müssen innerhalb von vier Jahren abgestossen werden.



KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»

HAUPTARGUMENTE FÜR DIE INITIATIVE

DIE INITIATIVE BEKÄMPFT FLUCHTURSACHEN

Seit dem 2. Weltkrieg waren nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Der Grossteil der Menschen flüchtet vor aktuellen Kriegen oder den Folgen vergangener Konflikte. Die Rüstungsindustrie profitiert von diesen Konflikten und heizt sie mit ihren Waffenlieferungen zusätzlich an. Die Initiative bekämpft Fluchtursachen, indem sie für weniger Waffen in Kriegsgebieten sorgt.

DIE INITIATIVE LEISTET EINEN BEITRAG ZU EINER FRIEDLICHEREN WELT

Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Möglichst viele, möglichst effizient. Kriegsmaterialproduzenten bereichern sich am Verkauf von Waffen, die dann in Kriegsgebieten Menschen töten. Die Schweiz als grösster und wichtigster Finanzplatz der Welt spielt dabei eine entscheidende Rolle: Schweizerische Finanzinstitute wie die Nationalbank oder die Grossbanken investieren jährlich Milliarden in das Geschäft mit dem Tod. Mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» wird diesem Treiben ein Riegel geschoben.

DIE INITIATIVE SCHÜTZT DIE NEUTRALITÄT DER SCHWEIZ

Die Schweiz hat den Anspruch, neutral zu sein. Wenn aber Milliarden von Schweizer Franken in Kriege und Konflikte fliessen, widerspricht dies der schweizerischen Neutralität. Die Schweiz ist kein Land, das sich militärisch einmischt. Mit der Initiative wird dafür gesorgt, dass auch die Finanzierung von militärischer Einmischung und Interventionspolitik verboten wird.

DIE INITIATIVE IST VORAUSSETZUNG FÜR EINE GLAUBWÜRDIGE SICHERHEITS- UND AUSSENPOLITIK

Die Neutralität und die humanitäre Tradition sind Grundwerte unseres Landes. Wenn aber Geld aus der Schweiz dieselben Konflikte anheizt, für die die Schweiz diplomatische Lösungen sucht, ist dies ein Widerspruch. Geopolitisch ist die Rolle der Schweiz als glaubwürdige, neutrale Partnerin für direkte Vermittlungen wichtig. Die Schweiz soll sich in ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik auf ihre Stärken fokussieren und ihre Politik nicht durch widersprüchliche Kriegsförderung torpedieren.

DIE INITIATIVE GIBT UNS EIN MITSPRACHERECHT ÜBER DAS VOLKSVERMÖGEN

Heute entscheidet die Schweizerische Nationalbank (SNB) allein, wo und wie sie unser Volksvermögen investieren will. Auch bei vielen Pensionskassen entscheiden einige wenige AnlageberaterInnen, wie unsere Renten investiert werden. Mit der Kriegsgeschäfte- Initiative können wir verhindern, dass unser Geld in Rüstungskonzerne fliesst. Die Initiative führt nicht nur zu mehr Mitsprache, über unser Geld, sie zwingt den Finanzplatz auch zu mehr Transparenz.



QUELLEN

- ¹ <http://www.swissbanking.org/de/finanzplatz/finanzplatz-in-zahlen/der-schweizer-bankensektor-1> [20.03.2017]
- ² Zahlen basierend auf Snyder, S./van der Zeijden, W./Beenes, M. (2015): Don't bank on the bomb. Pax, Utrecht, S. 32ff.
- ³ http://www.longfinance.net/images/gfci/20/GFCI20_26Sep2016.pdf, S. 4. [20.03.2017]
- ⁴ <http://www.swissbanking.org/de/finanzplatz/finanzplatz-in-zahlen/der-schweizer-bankensektor-1> [20.03.2017]
- ⁵ https://www.snb.ch/de/i/about/snb/annacc/id/snb_annac_balance [20.03.2017]
- ⁶ Bundesamt für Statistik, Die berufliche Vorsorge in der Schweiz. Kennzahlen der Pensionskassenstatistik 2011–2015, S. 9, [21.03.2017]
- ⁷ Snyder, S./van der Zeijden, W./Beenes, M. (2016): Don't bank on the bomb. Pax, Utrecht, S. 79, 99.
- ⁸ <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/die-umstrittenen-investments-der-nationalbank/story/12911445> [23.10.16].
- ⁹ <http://www.blick.ch/news/mords-geschaefft-mit-rentengeldern-pensionskassen-stecken-milliarden-in-ruestungsfirmen-id4901304.html> [23.10.16].
- ¹⁰ Snyder, S./van der Zeijden, W./Beenes, M. (2016): Don't bank on the bomb. Pax, Utrecht, S. 99.
- ¹¹ <http://www.boeing.com/company/general-info/>
- ¹² https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220216000007/xslForm13F_X01/InfoTable_Q22016_V3.xml.
- ¹³ <http://www.dontbankonthebomb.com/boeing/> [22.03.2017]
- ¹⁴ <http://www.dontbankonthebomb.com/hall-of-shame-2015-u/#toggle-ubs-switzerland> [24.03.2017]
- ¹⁵ <http://www.dontbankonthebomb.com/2015-hall-of-shame-c/#toggle-credit-suisse-switzerland> [24.03.2017]
- ¹⁶ https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220217000001/xslForm13F_X01/InfoTable_Q42016.xml [24.03.2017]
- ¹⁷ <https://www.welt.de/print-welt/article567882/US-Ruestungskonzerne-profitieren-von-Kriegsausgaben.html> [24.03.2017].
- ¹⁸ https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220217000001/xslForm13F_X01/InfoTable_Q42016.xml [24.03.2017]
- ¹⁹ Snyder, S./van der Zeijden, W./Beenes, M. (2016): Don't bank on the bomb. Pax, Utrecht, S. 79
- ²⁰ <http://www.dontbankonthebomb.com/trident-renewal-the-companies-behind-the-missiles/> [24.03.2017]
- ²¹ Amnesty International: Banks, Arms and Human Rights Violation. Luxemburg, 2016. S.5

